

Beschluss- und Festlegungsprotokoll der Sitzung des Parteirats der Partei Die Linke 28. - 29. März 2026

Verlauf der Sitzung:

11.00 bis 12.00 Uhr TOP 1 Eröffnung und Konstituierung

- Die Tagesordnung wurde am 20. Februar 2026 fristgerecht verschickt.
- Vorlagen für die Beratung waren:
 - 001 Geschäftsordnung
 - 002 Sitzungsplan 2026
 - 003i Empfehlungen zur Arbeitsweise an den Parteirat
 - 004 Treffen Zusammenschlüsse und Gründung Zusammenschlüssekommission
 - 005 Mitgliederverwaltung Zusammenschlüsse
 - 006 Anerkennung BAG Antifaschismus
 - 007 Gegen Restriktionen der Migration und Partizipation
 - 008 Sicherheit statt Vaterlandsverteidigung
 - 009 Für die Souveränität der Völker im Iran und überall
 - 010 Finanzplan 2026
 - 011i Konzept zur Weiterführung der Mietenkampagne
 - 012i Entwurf Politisches Dokument EL-Kongress
 - 013i Änderung Statut Europäische Linke
 - 015i Positionierung von Parteien der EL und der ELA zu ausgewählten Themen
 - 016i Übersicht Kandidaturen/Bewerbungen für das Präsidium des Parteirates
 - (2025)/056 Anerkennung BAG Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung

Die Beschlussfähigkeit wurde mit 58 anwesenden Mitgliedern festgestellt.

Abstimmung: Der geänderten Tagesordnung wurde mehrheitlich zugestimmt.

Behandlung der Anträge dieses Tagesordnungspunktes:

- Die Vorlage **2026/001 Geschäftsordnung** wurde aufgerufen und durch das Präsidium eingebracht Abstimmung: Die Geschäftsordnung wurde mehrheitlich angenommen.

Beschluss:

2026/001

- Die Vorlage **2026/002 Sitzungsplan 2026** wurde aufgerufen und durch das

Präsidium eingebracht. Abstimmung: Der Sitzungsplan 2026 wird unverändert mehrheitlich angenommen.

Beschluss: 2026/002

- Die Informationsvorlage **2026/003i** zur Arbeitsweise des Parteirates wurde zur Kenntnis genommen.

12.00 bis 13.50 Uhr TOP 2 Wahl des Parteipräsidiums

- Wahl einer Wahlkommission für die Wahl des Parteipräsidiums. Für die Wahlkommission hatten sich bereiterklärt: Annegret Gabelin, Carolin Held, Frederike Marx, Christine Pastor, Michael Bruns, Oliver Gipp und Ates Gürpınar. Weitere Meldungen lagen dem Präsidium nicht vor. Der Zusammensetzung der Wahlkommission wurde einstimmig zugestimmt.
- Das Präsidium schlug vor, ein Präsidium in der Stärke von 6 Personen zu wählen.
 - Abstimmung: Mehrheitlich angenommen.
- Gewählt wurden:
 - Gunhild Böth, Nordrhein-Westfalen
 - Suzana Kamperidis, Hamburg
 - Luisa Mayer, linksjugend solid
 - Martin Günther, Brandenburg
 - Carsten Labudda, BAG Kommunalpolitik
 - Hermann Schaus, Hessen

13.50 bis 14.45 Uhr TOP 3 Programmprozess

- Bundesgeschäftsführer Janis Ehling berichtete aus dem Parteivorstand und der Programmkommission.
- Themen waren u.a.:
 - Auftakt des Programmprozess sehr erfolgreich
 - Viele Genoss*innen beteiligten sich bereits am Programmprozess & organisierten u.a. in ihren Kreisverbänden Watchpartys.
- Austausch zum Programmprozess, Janis Ehling beantwortete im Anschluss alle Fragen und Anregungen:
 - Kritik an der Zusammensetzung der Programmkommission wird zum Ausdruck gebracht
 - Unterschiedliche Ansichten zur Umsetzung des Programmprozesses werden geäußert.

14.45 bis 15.45 Uhr TOP 4 Kampagnen

- Bundesgeschäftsführer Janis Ehling stellte den aktuellen Stand der Mietenkampagne

vor.

- Themen waren u.a.:
 - Die Mietenkampagne als organisierende Kampagne. Ziel ist nicht nur Aufmerksamkeit, sondern konkrete Aufbauarbeit vor Ort.
 - Die Kampagne läuft in drei Etappen:
 - Etappe 1 (Herbst 2025 – Frühjahr 2026): Aufbau von Strukturen, erste Konflikte, Mobilisierung
 - Etappe 2 (Frühjahr 2026 – Ende 2027): größere lokale Erfolge, Thema bundesweit setzen
 - Etappe 3 (2028 – Bundestagswahl): Zuspitzung und Eskalation Richtung politischer Entscheidung (Mietendeckel)
 - Fokus für die nächsten Monate:
 - stärkere Öffentlichkeitsarbeit, klare Gegner*innenbenennung (v.a. große Konzerne wie Vonovia) und Beweise für den „Mieten-Notstand“ sammeln
 - Organisatorisch: weitere Mobilisierung vor Ort, zentrale Aktionen mit bundesweiter Wirkung, stärkere Verzahnung zwischen Bund und lokalen Kämpfen
 - Austausch zur Kampagne, Janis Ehling beantwortete im Anschluss alle Fragen und Anmerkungen:
 - Kritik, dass Kampagne für den ländlichen Raum nicht geeignet ist, wird geäußert.
 - Ökologie wurde bei der Kampagne nicht mitgedacht.
 - Hinweis aus NRW, dass im Zuge des Wahlkampfes eine eigene Kampagne, passend auf NRW zugeschnitten, gestartet wird.

Pause von 15.45 bis 16.00 Uhr

Das Präsidium bedankte sich bei langjährigen Mitgliedern des Parteirates für ihren Einsatz und Engagement. Vor allem Friedrich Rabe wurde namentlich für seine langjährige Mitarbeit in diesem Gremium gedankt.

16.05 bis 18.50 Uhr TOP 5 Wahlen 2026

- Bayern:
 - Sebastian Wanner und Lukas Eitel berichteten aus den Wahlkämpfen in Bayern.
 - bemängelt wurden die fehlende Unterstützung durch die Bundespartei
 - gute Ergebnisse zu verzeichnen, Einzug in viele Kreistage
 - Aber: je ländlicher die Regionen, je schwieriger
- Hessen:
 - Herrmann Schaus berichtete aus Hessen.
 - gute Ergebnisse zu verzeichnen
 - Fraktionen sind gewachsen
 - vielerorts konnte die Partei mit eigenen Listen antreten
 - Großteil der neuen Kommunalmandate ging an Genossinnen

- Hinweis aus Gießen:
 - MietwucherApp war guter Einstieg
 - Wahlkampf mit Haustürgesprächen hat gut funktioniert
 - Problem der Mobilisierung
- Diskussion:
 - ländlicher Raum muss erobert werden, ohne dem und ältere Menschen geht's nicht.
 - in Bayern ist Volt ein Problem, da ein Teil des Wähler*innenpotentials abgezogen wird.
 - in Rheinland-Pfalz fühlen sich viele Menschen im ländlichen Raum abgehängt, das ist kein ostdeutsches Problem
 - wichtig ist, dass wir uns als Partei nicht zurückziehen (außerhalb der Wahl).
 - Janis geht zum Abschluss auf die Fragen/Anmerkungen der Genoss:innen ein.
 - Themen wie Gesundheit und Mobilität werden in Vordergrund gestellt.
- LTW Baden-Württemberg:
 - historisches Ergebnis, auch wenn es nicht für den Landtag gereicht hat.
 - Wahlkampf wurde mit vielen neuen Genoss:innen ohne Erfahrung gemacht.
 - mehr Bildungsarbeit und Unterstützung wären wichtig gewesen
 - Diskussion um Palästina-/Israel-Solidarität hat nach Ansicht der Genoss:innen den Wahlsieg gekostet.
- Erfahrung aus Sachsen:
 - zwischen Partei und Fraktion darf kein ND passen. Brauchen eine dauerhafte, enge Kommunikation.
 - es gibt gründliche, wöchentliche Beratung mit Fraktionsführung und Landesvorstand/Landesvorsitzende
 - wichtig ist ebenfalls die enge Abstimmung der Partei und APO
 - Debatten werden konstruktiv und intensiv geführt
 - auch der Parteirat wird genutzt um sich auszutauschen
 - Arbeit der Fraktion bleibt spannend und sehr schwer.
- Erfahrung aus Thüringen:
 - wichtige Änderungen können ohne AfD nicht stattfinden (Sperrminorität).
 - beim Haushalt in Thüringen gab es eine mehrheitliche Enthaltung.
 - CDU beharrt auf Unvereinbarkeitsbeschluss mit Linke.
 - BSW ist problematischer, da keine klare Abtrennung zur AfD.
 - kein wirkliches Mittel gegen AfD, Umfragewerte weiter steigend.
- Ausblick Sachsen-Anhalt:
 - Umfragewerte (13%) zeigen, wir sind die entschiedenste Stimme gegen rechts sind.
 - haben in der letzten Wahlperiode viele Erfolge herbeigeführt.
 - wollen verhindern, dass die AfD eine Sperrminorität bekommt, wollen den Staatsrundfunkvertrag schützen, regeln Neuwahlen uvm. Neuwahlen auch ohne Terminverkündung durch Landtagspräsident*in, 8. Mai wird Feiertag.
 - Aufgabe: AfD von der Macht fernhalten.
 - unsere Wahlkämpfe hängen von der bundespolitischen Entwicklung ab. Wir brauchen Geschlossenheit auch auf dem Bundesparteitag.
- Ausblick M-V:
 - wie halten wir die AfD von der Macht weg? Aber das darf nicht alles sein.
 - Problem: M-V hat nur 2 relevante Zeitungen, die berichten nicht über uns.

- sollte es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zw. AfD und SPD geben, wird es uns 2-3% kosten. SPD versucht aktiv, uns unsichtbar zu machen.
- versuchen die Verfassung auf Vordermann zu bringen.
- CDU M-V arbeiten (teilweise) offen mit AfD zusammen
- ländlicher Raum (Peenemünde bspw.) kommen wir gar nicht mehr vor. Andere Parteien auch nicht.
- Es folgt eine Diskussion zu den Landtagswahlen
 - brauchen mehr Widerstand, müssen kämpferischer werden, müssen gegen Faschismus sein.
 - Das muss eine Gesellschaftsstrategie werden.
 - weniger Faschismus ist besser für alle, müssen alles unternehmen um AfD zu verhindern.
 - Brandmauer ist richtig, aber ungenügend. Wir müssen uns fragen, wie lange wir die AfD aufhalten können.

Ende des ersten Sitzungstages um 18.50 Uhr

Beginn des zweiten Sitzungstages um 10.00 Uhr

10.00 bis 11.00 Uhr TOP 6 Europäische Linke/ELA

- Informationsvorlagen **2026/012i, 2026/013i und 2026/015i** wurden als Informationsvorlagen bereitgestellt. Begrüßt wurden außerdem Helmut Scholz, ehemaliger MdEP, und Claudia Haydt als Vizepräsidentin der Europäischen Linken.
- Helmut Scholz berichtet von der Europäischen Linken/ELA
- Themen waren u.a.:
 - Ausblick auf den EL-Kongress, Perspektive auf Europa, damit es zu einer anderen europäischen Politik kommen kann.
 - müssen uns zu Themen der Wirtschaft, des Sozialen, der Migration und zur Demokratisierung in der EU verständigen. Weitere Aspekte sind die Außen- und Sicherheitsdebatten.
 - Frage ist: Wie ist das Europaverständnis der Mitgliedsparteien? Innerhalb der Europäischen Linken und ELA gibt es kontroverse Fragen zur EU und Außen- und Sicherheitspolitik.
 - die Europäische Linke will mehr sein als ein Dachverband – will gemeinsame Strategien entwickeln.
 - das Hauptthema war die Housing-Kampagne
 - Statutenänderung eingeleitet: Wollen Parteien ins produktive Verhältnis bringen, die reale Mitglieder sind, die Mitgliedsbeiträge zahlen. Verschlinkung und Veränderung des Vorstandes. Dies wird in einem Vorschlag an den Kongress enden.
 - wollen ein European Forum in Deutschland abhalten insbesondere mit Blick auf 2029 (EU Wahl)
- Claudia Haydt berichtet weiter:
 - linke Politik ist eine Politik der internationalen Politik und europäischen Politik. Helmut Scholz hat maßgeblich beigetragen.

- Europäische Linke hat Probleme, aber Zusammenarbeit müsse wir als Linke leisten.
 - Fehler der Europäischen Linke, sind auch unsere Fehler.
 - Europäische Linke hat teilweise nur so viel Personal wie ein MdB.
- Statutenändern wird für falsch eingeschätzt, weil Pfeiler, auf den wir aufbauen wollen, dadurch wegbricht.
- Europäische Linke ist kein abstraktes Büro in Brüssel, sondern ein Netzwerk.
- wenn Die Linke sich zurückzieht, zerstören wir die Strukturen.
- Janis Ehling ergänzt:
 - Parteivorstand wird einen Satzungsänderungsantrag an Bundesparteitag stellen, dass wir aufgrund der drohenden Spaltung der Europäischen Linken/ELA, Mitglied einer europäischen Partei sein wollen. Die konkrete Nennung soll gestrichen werden, über die Mitgliedschaft soll der Bundesparteitag entscheiden.
- Diskussion startet:
 - BAG FIP findet, dass es nicht egal ist, mit wem man zusammenarbeitet. NATO gehört beendet, braucht klares Signal gegen Hochrüstung, Zusammenarbeit mit Kommunisten ist in Ordnung.
 - Reflektion der europäischen Zusammenarbeit fehlt bislang.
 - Kritik an der Abschaffung des Newsletters, da er Ort für Infos aus EP war. Wer Infos zur EL-Fraktion für eigene Newsletter will, wendet sich an Martin Günther.
 - Entscheidung Europäische Linke oder ELA sollte im Programmprozess sein.

11.00 bis 11.30 Uhr TOP 7 Anerkennung Zusammenschlüsse

Die Bundesarbeitsgemeinschaft ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung wurde durch die Sprecherin Brigitte Wolf vorgestellt und brachten ihren Antrag auf Anerkennung ein.

Vorlage 2025/056. Abstimmung: Der Parteirat erkannte die ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung mehrheitlich nicht als bundesweiten Zusammenschluss an, weil sie die Kriterien des Parteirats nicht erfüllt.

Die BAG Antifaschismus war weder vor Ort noch digital vertreten. Die Vorlage **2026/006** wurde daher auf die nächste Sitzung vertagt.

11.30 bis 12.35 Uhr TOP 8 Finanzplan 2026

- Bundesschatzmeister Sebastian Koch stellte den Finanzplan 2026 vor und stand für Fragen und Anregungen zur Verfügung.
- Themen waren u.a.:
 - Lage ist besser als letztes Jahr, nächstes Jahr wird wieder schlechter.
 - Beiträge zur Europäischen Linken sind zu hoch von Neumitgliedern angesetzt.
 - Spenden sind gut, durch Bundestagswahl höhere Spendeneinnahmen.
 - Cyber-Angriff birgt Kosten, die noch nicht beziffert werden können.
 - hoffen, Bundesparteitag künftig an einem Ort abhalten zu können, Kostenersparnis.

- Druckkostenfond ist aufgelöst, Gelder gehen direkt in den Topf der Zusammenschlüsse.
- Rückfragen und Diskussion:
- GO-Antrag: Yannick Schalk (Jugendverband) beantragt das Rederecht für Marie Panken (Jugendverband, Ersatzdelegierte)
 - Abstimmung: Mehrheitlich dafür
- Fortsetzung der Frage- und Diskussionsrunde
 - Kritik an den Kosten für den Podcast von Jan, warum zahlt er dies nicht selbst?
 - Zusätzliche Stelle für Awareness wird sich gewünscht, es besteht auch Schulungsbedarf in den Ländern.
 - Zuwendung an den Jugend- und Studierendenverband muss nach oben angepasst werden, da Tarifsteigerungen.
 - Weitere Personalstellen fehlen einigen Mitgliedern.
- Janis Ehling und Sebastian Koch reagieren:
 - Ungleichgewicht in den Ländern, müssen Aufgaben solidarisch verteilen.
 - Müssen 2027 die Ausgabenstruktur angehen, es werden mehr Stellen gebraucht, sind aber nicht bezahlbar.
 - Hinweis zu den Spenden an die BAGen: Für jeden Euro, der an BAGen gespendet wird, werden im darauffolgenden Jahr, 0,20 EUR mehr Budget bereitgestellt.

Im Anschluss wurde der Finanzplan mehrheitlich beschlossen.

Beschluss

2026/010

Pause von 12.35 bis 13.45 Uhr

12.35 bis 13.45 Uhr TOP 9 Behandlung weiterer Vorlagen

Die Vorlage **2026/004: Treffen der Zusammenschlüsse und Gründung Zusammenschlüssekommission** wurde vertagt.

Die Vorlage **2026/007: Gegen Restriktionen der Migration und Partizipation** wurde zurückgezogen.

Die Vorlage **2026/008: Sicherheit statt Vaterlandsverteidigung** wurde vertagt.

- Begrenzte Debatte nach GO-Antrag:
 - Sanktionen töten, müssen uns mit Problemen beschäftigen.
 - Beschäftigen uns zu wenig mit unserer eigenen Verantwortung. Müssen mehr für den Frieden tun.
 - UN-Generalversammlung ist wichtig. Man muss zur Kenntnis nehmen, was da passiert.
 - Sanktionen treffen immer die Bevölkerung.
 - Beschlüsse müssen auch gelebt werden, auch bei Sanktionen.

- Sanktionen sind Doppelstandards. Blockade USA auf Kuba ist ein Angriff auf uns alle.
- Wie können wir Stimmen des globalen Südens besser einbinden?

13.45 bis 13.50 Uhr TOP 10 Verschiedenes

Nächste Beratung findet vom 27. – 28.06.2026 digital statt. Antragsschluss ist der 6. Juni 2026

13.50 Uhr Ende der Beratung

31. März 2026

F. d. R.: Marco Rauch

Präsidium des Parteirates:

Gunhild Böth (NRW)

Suzana Kamperidis (Hamburg)

Luisa Mayer (Linksjugend)

Martin Günther (Brandenburg)

Carsten Labudda (BAG Kommunalpolitik)

Hermann Schaus (Hessen)